

Chronik des Tages.

Reichspräsident v. Hindenburg hat sich zur Erledigung privater Angelegenheiten nach Hannover begeben.
Reichskanzler Dr. Luther traf am Mittwoch zum Besuch der Hygienischen Woche in Essen ein und hielt dort abends eine Rede, in der er auch die politische Lage berührte.
Der kommunistische Antrag auf Einberufung des Reichstages ist von dem amtierenden Vizepräsidenten Dr. Richter abschlägig beschieden worden.
Das Reichswirtschaftsministerium gibt die Referentenentwürfe zur Wabänderung des Reichswirtschaftsrats bekannt.
Die Räumung Kölns soll nicht vor Mitte Februar beendet sein.
Nach bulgarischen Meldungen haben die Griechen noch immer nicht das Feuer eingestellt.

Die französische Finanzkrise.

Noch ehe das französische Parlament zusammengetreten ist, hat das Kabinett Painlevé die Waffen gestreckt. Wenn nicht gerade am Montag der Völkerbundsrat in Paris zusammengetreten wäre, um den griechisch-bulgarischen Streitfall zu schlichten, so wäre der Rücktritt schon einige Tage früher erfolgt. So aber sollte Briand die Verhandlungen noch als vollwertiger Außenminister eröffnen, wenn er so nun auch als bloß „geschäftsführender“ weiterführen muß. Im Gegensatz zu der deutschen Regierungskrise hat der Rücktritt des Kabinetts Painlevé mit der hohen Politik, insbesondere mit dem Vertrag von Locarno, nichts zu tun. Das Kabinett ist lediglich über die Finanzfrage gestürzt, die auch schon das Kabinett Herriot zu Fall gebracht hat.

Ein Kurswechsel in der Außenpolitik ist unter diesen Umständen nicht zu erwarten. Man nimmt an, daß das Kabinett Painlevé nach Ausschiffung des Finanzministers Caillaux im wesentlichen in der alten Zusammensetzung wiederkehren wird. Man spricht allerdings auch von der Möglichkeit eines Kabinetts Briand oder eines Kabinetts Herriot, doch gilt Painlevé als Favorit. Als Nachfolger Caillaux wird Doucheur genannt, den man als das beste Pferd aus dem französischen Finanzstall betrachtet. Ob er schaffen wird, woran seine Vorgänger Caillaux und Clémentel gescheitert sind, bleibt abzuwarten.

Reicht es die Arbeit jedenfalls nicht. Auch Caillaux wurde bei seinem Amtsantritt mit großen Hoffnungen begrüßt, und im Anfang schien auch alles ganz gut zu gehen. Mit einem eigentlichen Finanzprogramm trat Caillaux allerdings zunächst nicht hervor; sein oberster Grundsatz war, erst einmal die französischen Auslandsschulden zu regeln, um damit eine Grundlage zu schaffen, auf der weitergebaut werden konnte. Bei seinen Verhandlungen in London ging alles auch sehr gut, und bei seiner Rückkehr nach Paris wand man ihm Vorbeerkranze. Das war aber etwas voreilig. In Washington erlitt Caillaux vollkommen Schiffbruch. Das fünfjährige Provisorium, das er von dort zurückbrachte, fand nicht die Billigung des Kabinetts.

Inzwischen hatte aber auch die innere Anleihe, von der Caillaux einen Ertrag von 20-30 Milliarden erhofft hatte, mit einem Mißerfolg geendet. Nur 6 Milliarden waren zusammengekommen, die zur Balancierung des Haushalts umso weniger ausreichten, als die Ausgaben durch die Kriege in Marokko und Syrien unheimlich angeschwollen waren. Dazu kam, daß durch die zunehmende Inflation — ähnlich wie früher bei uns — die Staatseinnahmen zurückgingen, die Ausgaben stiegen.

Nun erst entschloß sich Caillaux zur Vorlegung eines Finanzsanierungsplanes, der aber auch nicht den Beifall seiner Ministerkollegen fand, und verunmühtlich auch in der Kammer auf lebhaften Widerstand gestoßen wäre. Der Hauptstreitpunkt ist die Frage der Besitzabgabe. Caillaux konnte sich nicht entschließen, die von Painlevé und der Mehrheit des Kabinetts beschlossene Kapitalabgabe in sein Programm aufzunehmen, wobei vielleicht die Erhöhung maßgebend war, daß die Kapitalabgabe im Senat keine Mehrheit finden würde.

Um diese Frage der Besitzbesteuerung wird nun der Kampf entbrennen. Den einzelnen Gruppen des Linkstails ist bereits die Frage vorgelegt worden, ob sie bereit sind, die Auflösung des Parlaments zu beantragen, damit den Wählern Gelegenheit gegeben wird, sich für oder gegen die Kapitalabgabe zu entscheiden. Sollte es zu einer Auflösung der Kammer kommen, so könnte dieser rein innerpolitische Finanzstreit doch noch weiterreichende Folgen haben, da in einem Wahlkampf natürlich auch die äußere Politik eine Rolle spielen würde. Die Poincaristen würden sich diese Gelegenheit wohl kaum entgehen lassen, die nationalistischen Leidenschaften aufzuspitzen. Was aber wird aus Locarno, wenn etwa ein Poincaré wieder ans Ruder kommen sollte?

Aufschub der Räumung Kölns.

Bis Mitte Februar.

Die Londoner „Times“ berichten aus Paris, die Frage der Räumung Kölns könne für so gut wie geregelt angesehen werden. Weder die französische noch die britische Regierung beabsichtigten, irgendwelche ernstlichen Einwände zu machen, vorausgesetzt, daß die deutsche Regierung den Geist, in dem die Verhandlungen in Locarno geführt wurden, beibehalte. Die Erwägung, die die französische Regierung beeinflusst habe, sei die Annahme, daß die Alliierten durch Erleichterungen in der Befehung die Kräfte der Wehrmacht in Deutschland stärken werden.

An Stelle dieser englischen Stimmungsmache wäre es besser, wenn die Engländer endlich ernsthafte Anhalten zur Räumung machen wollten. Davon merkt man aber noch nichts. Es sieht im Gegenteil ganz so aus, als ob man den Räumungsbeginn bis hinter den 1. Dezember hinauschieben will; man will offenbar also erst die Unterschrift Deutschlands in der Tatse haben, ehe man auch nur die geringsten Zugeständnisse macht. Vorläufig scheint man sich noch nicht einmal über die künftige britische Besatzungszone einig zu sein. Die Engländer beanspruchen neuerdings außer Wiesbaden und dem Rheingau auch noch Andernach und Andernach.

Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ sollen die Vorbereitungen für den Umzug erst nach dem 1. Dezember beginnen, und zwar sollen dann erst die Quartiere hergerichtet werden. Der Umzug selbst soll erst im Januar beginnen und bis Mitte Februar beendet sein.

Während so die Räumung Kölns systematisch hinausgezögert wird, hört man von weitergehenden Rückwirkungen in bezug auf das Rheinlandregime überhaupt noch nichts. Demgegenüber muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die Reichsregierung ihre Unterschrift unter den Vertrag von Locarno davon abhängig gemacht hat, daß man vorher etwas von diesen Rückwirkungen sieht. Nicht schöne Worte, sondern Taten erwarten wir von unseren Vertragsgegnern.

Die Volkspartei zu Locarno.

Zustimmung unter den bekannten Vorbehalten.

Die Entschlieung, die der Parteivorstand und die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei in ihrer Sitzung am Dienstag angenommen haben, erklärt zunächst, daß das Vertragswerk von Locarno in allen wesentlichen Punkten dem Grundgedanken der deutschen Antwortnote vom 20. Juli und somit auch den Richtlinien der Deutschen Volkspartei vom 2. Juli entspricht. Weiter heißt es dann:

„Artikel 1 des Westpaktes verpflichtet zum Verzicht auf den Angriffskrieg, läßt aber das Selbstbestimmungsrecht der Völker und alle anderen Möglichkeiten friedlicher Entwicklung offen. Artikel 6 enthält keine Anerkennung des Versailler Vertrages, stellt vielmehr nur in Uebereinstimmung mit der deutschen Antwortnote vom 20. Juli fest, daß der Abschluß des Sicherheitsvertrages keine formelle Änderung der bestehenden Verträge bedeutet. Deutschland verzichtet nicht auf die im Versailler Vertrag selbst gefestigten sowie die durch fortschreitende friedliche Entwicklung herbeizuführenden Abänderungsmöglichkeiten.“

Bezüglich des Artikels 16 der Völkerbundssatzung wird erklärt, daß durch die Note der Vertragsgegner hergestellt werde, daß Deutschland selbst Richter ist der Art und Weise, in welcher es seine Pflichten erfüllt. Von den französischen Ostverträgen wird erklärt, daß sie lediglich eine Anpassung der bisherigen französischen Militärbündnisse an die Völkerbundssatzung bedeuten. Dann heißt es weiter:

„Wenn der Vertrag von Locarno, wie es alle Beteiligten zum Ausdruck gebracht haben, ein Wert dauernden Friedens sein soll, so muß dieser Friedenszustand sich aber auch im besetzten deutschen Gebiet auswirken. Das ganze Werk darf somit erst dann in Kraft treten, wenn nicht nur die alsbaldige Räumung der ersten Rheinlandzone, unabhängig von der Bereinigung der Entwaffnungsfrage sichergestellt ist, sondern auch die beteiligten Mächte den mühseligen Zusicherungen ihrer Delegationsführer entsprechend im übrigen besetzten Gebiet alsbald einen Zustand herbeizuführen, der eine grundlegende Änderung des Besatzungsregimes und den Auszug der endgültigen Räumung darstellt. Ohne solche entscheidenden Maßnahmen der Vertragsgegner kann der deutsche Reichstag den Vertrag von Locarno nicht annehmen.“

Zum Schluß wendet sich die Entschlieung gegen die Haltung der Deutschnationalen Volkspartei, von der gesagt wird: „Statt mit uns und den anderen Parteien an der Durchführung der von ihr selbst bisher verfolgten Politik mitzuarbeiten, hat sie kurz vor Erreichung des Zieles sich von der weiteren Mitwirkung selbst ausgeschlossen. Für die außen- und innenpolitischen Folgen trägt sie die volle Verantwortung.“

Politische Rundschau.

Berlin, den 29. Oktober 1925.

Die Einstellung der Polenaußenweisungen aus Preußen. Nachdem in Polen in der Optantenpolitik ein Umschwung eingetreten ist, hat die preussische Regierung, entsprechend dem Beschluß des polnischen Ministerrats, an die örtlichen Behörden die Anweisung ergehen lassen, daß die in der jüngsten Zeit als Repressalle verfügbaren Außenweisungen gegen polnische Optanten unverzüglich rückgängig gemacht werden.

Die Sozialdemokratie für Reichstagsauflösung.

Berlin, 29. Oktober. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beschäftigte sich gestern mit der durch den Austritt der Deutschnationalen aus der Reichsregierung geschaffenen Lage. In der Sitzung wurde einstimmig festgestellt, daß sich an der scharfen Opposition gegen die Regierung Luther nichts geändert hat. Die Sozialdemokratie denkt nicht daran, die Deutschnationalen aus der Verantwortung zu entlassen und in diesem Reichstag den Vertrag von Locarno gegen die Deutschnationalen zu ratifizieren. Sie sieht den geeigneten Weg zur Lösung der Krise in der Befragung des Volkes mittels der Auflösung des Reichstags.

Dem „New York Herald“ wird aus Madrid berichtet, daß die Milizisten die Spanier bei Alir auf neue angegriffen hätten, aber mit schweren Verlusten zurückgeworfen wurden.

Die Peking Regierung richtete an Tschangsohn, an General Fong und an dessen Verbündeten, den Tapan von Donan, ein Telegramm mit der Aufforderung, je zwei Delegationen zu einer Aussprache über die Lage nach Peking zu entsenden.

Der neue Schweizerische Nationalrat.

Der neugewählte Schweizerische Nationalrat weist folgende Zusammensetzung auf: Sozialdemokraten 49 (bisher 43), Kommunisten 3 (2), Sozialpolitische Gruppe 3 (3), Freisinnige und Demokraten 60 (58), Katholische Konfession 42 (44), Bauern-Gewerbe-Lägerpartei 30 (34), Liberale Demokratische Partei 8 (10), Parteilose 8 (4).

Damaskus wird teilweise geräumt.

Eine französische Nachrichten-Agentur meldet aus Beirut, daß die aus Damaskus eingetroffenen Nachrichten nicht gut lauten. Die Franzosen und Araber hätten die Stadt verlassen müssen. Das Vorgehen der Franzosen in Damas-

cus hat in England große Entrüstung hervorgerufen. Nach Meldungen, die in London eingetroffen sind, ist das britische Konsulat in Damaskus durch das Bombardement nicht beschädigt worden, jedoch ist anderes britisches Eigentum vielfach schwer beschädigt worden. Man rechnet damit, daß die englische Regierung Schadenersatzansprüche stellen wird.

Die Schreckensstage von Damaskus.

London, 29. Oktober. Ueber die Straßenkämpfe in Damaskus am 18. bis 20. Oktober berichtet Reuters jetzt Einzelheiten. Danach war ein Bändenführer in ein Stadtviertel eingedrungen und hatte die Einwohner zum Kampf aufgerufen. In dem Gefecht, das sich entspann, fielen 100 Franzosen in tapferem Kampf. Die französischen Behörden warfen Tanks und Panzerautos ins Gefecht, von denen den Aufständischen schwere Verluste zugefügt wurden. Diese setzten trotzdem hinter Barrikaden ihr Feuer fort und steckten verschiedene Stadtviertel in Brand. Die französische Beschieung der Stadt dauerte von Sonntag nacht bis Dienstag. Viele öffentliche Gebäude wurden zerstört. Die Zahl der auf den Straßen liegenden Leichname wird auf mehrere hundert geschätzt, während ungefähr zweitausend unter den Trümmern verstreut liegen müssen. — „Daily Chronicle“ fordert, daß Frankreich als Mandatarmacht vom Völkerbund zur Rechenschaft gezogen wird.

Amerikareise von Dr. Stinnes.

Berlin, 29. Oktober. Dr. Edmund Stinnes, der älteste Sohn des verstorbenen Hugo Stinnes, ist am 17. Oktober, nach vorläufiger Ordnung seiner heimatischen Angelegenheiten, über Cherbourg nach Amerika abgereist, um in Gemeinschaft mit dem österreichischen Politiker Grafen Coudenhove politischen und wirtschaftlichen Studien obzuliegen. Vor der Abreise hat Dr. Stinnes mit einem Vertreter der Familie Hugo Stinnes in Gemeinschaft mit dem Bremer Handelsreisenden „Alga“, Kommerzienrat Manasse, im Bureau des Justizrats Pinner eine Verhandlung gepflogen, und es ist dabei eine beiderseitige Verständigung erfolgt. In der Angelegenheit der Werke der Edmund-Stinnes-Gruppe, insbesondere der „Alga“, ist in der letzten Zeit eine Veränderung eingetreten. Es schweben Verhandlungen über einen Verkauf an eine amerikanische Gruppe, sowie über einen Kredit aus England.

Der griechisch-bulgarische Konflikt.

Der Völkerbund wird weiter geschossen. In dem am Dienstag fortgesetzten Verhandlungen des Völkerbundsrats über den griechisch-bulgarischen Konflikt wies Briand darauf hin, daß nach den bisher eingetroffenen Nachrichten die Feindschaften nicht aufgehört hätten. Der Vertreter Bulgariens erklärte, daß am 26. Oktober die bulgarischen Verluste 48 Tote und Verwundete betragen hätten, diese Zahl aber noch höher sein könnte. Nach neueren Meldungen sollen bisher insgesamt 55 Militär- und Zivilpersonen getötet worden sein. In keinem Augenblick hätten bulgarische Truppen griechisches Gebiet besetzt oder seien dorthin vorgezogen. Der Vertreter Griechenlands betonte, der griechische Vormarsch habe nach der Gebietsverletzung durch bulgarische Truppen stattgefunden und einen bestimmten Charakter gehabt. Die bulgarische Regierung habe eine Untersuchung erst nach der Niederlage der bulgarischen Truppen vorgeschlagen. Die bulgarischen Truppen seien etwa 400-500 Meter in griechisches Gebiet eingedrungen, die Griechen etwa 8 Kilometer in bulgarisches Gebiet. — Nach Meldungen aus Sofia unterhielten die Griechen noch am Dienstag Gewehr- und Maschinengewehrfeuer. Gleichzeitig beschloß griechische Artillerie das Dorf Petrowo.

Eisenbahnkatastrophe in Amerika.

20 Personen getötet, über 30 verwundet.

Auf der Eisenbahnstrecke St. Louis—San Francisco hat sich ein schweres Eisenbahnunglück ereignet, dem eine größere Anzahl von Menschenleben zum Opfer fiel.

In der Nähe von Victoria (Britisch-Kolumbien) entgleiste ein Schnellzug und kürzte den Eisenbahndamm hinunter. 20 Personen wurden teils sofort getötet, teils erlagen sie bald nach dem Unglück ihren Verletzungen. Aufschneidend hat der mit 50 bis 60 Meilen Stunden-geschwindigkeit fahrende Zug die Schienen 200 Fuß vor einer Brücke von den Schienenröhren losgerissen.

Der Zug bestand aus 3 Gepäcks-, 9 Personen- und einem Pullmanwagen. Alle Wagen mit Ausnahme des am Schluß fahrenden Pullman rollten von der 40 Fuß hohen Böschung herab. Drei Personentwagen schoben sich zu einem wirtlichen Trümmerhaufen zusammen. Ein anderer Wagen rannte kopfüber in eine Lehmwand längs der Eisenbahnlinie.

Aus Stadt und Land.

45 Selbstmorde in einer Woche. Wie die Auffassung über die Bevölkerungsbewegung in Berlin für die Woche vom 27. September bis zum 3. Oktober ausweist, sind in diesem Zeitraum 45 Selbstmorde vorgekommen. In der vorausgegangenen Woche waren es „nur“ 28.

Neberfall in der Bahnhofsstraße. In einer Bahnhofsstraße bei Gnadensfrei in Schlesien verjuchte ein etwa 30 Jahre alter Bahnhofsarbeiter seinen Kollegen zu ermorden und verletzte ihn lebensgefährlich. Zwischen beiden Beamten, die Kriegesbeschädigte sind, herrschte das beste Verhältnis. Am Tage vor der Tat befaßte der eine seinen Kameraden und wurde überführt. Um sich nun der Verpflichtung der rathenweisen Rückzahlung der gestohlenen Summe zu entledigen, überfiel er seinen Kollegen und stückte, konnte jedoch verhaftet werden.

Verhaftung von Wilddieben. In den ausgedehnten Waldungen bei Wittenburg und Dagenow in Mecklenburg trieben Wilddiebe seit längerer Zeit ihr Unwesen, ohne daß es zunächst gelang, die Verbrechen zu überführen. Jetzt sind 7 Personen aus Wittenburg verhaftet worden, nachdem sehr schweres Diebstahlsmaterial zusammengetragen worden war. Ein Wilderer wurde auf frischer Tat ertappt.

Vorgeschichtliche Funde in Mecklenburg. In der Nähe von Dalsenbura hat man in etwa 3/4